

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Köln
Fraktion Die LINKE
FDP-Fraktion
Ratsgruppe GUT

An die
Vorsitzende des Rates der Stadt Köln

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 14.02.2019

AN/0231/2019

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	14.02.2019

zu TOP 3.1.7 – „Vertrauenskrise bei der Metropolregion Rheinland lösen!,,

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsstellenden bitten Sie, den folgenden Änderungsantrag zum Antrag AN/0178/2019 der SPD-Fraktion und der Ratsgruppe BUNT (Top 3.1.7) in die Tagesordnung des Rates am 14. Februar 2019 aufzunehmen:

Am 20.12.2016 unterstützte der Rat der Stadt Köln die Gründung der Metropolregion Rheinland e.V. mit folgendem Beschluss: „Viele der Herausforderungen, denen sich die Kommunen und Kreise stellen müssen, lassen sich effektiv nur durch enge Zusammenarbeit zwischen den Kommunen, Kreisen und Regionen lösen. Auch in der internationalen und speziell europäischen Dimension, ist es die regionale Ebene, der eine entscheidende Funktion zukommt.“

In der Satzung der Metropolregion Rheinland heißt es: „Es gilt jetzt zunächst als Verein zu starten. Die Form der Zusammenarbeit muss sich verändernden Bedingungen flexibel anpassen. In spätestens drei Jahren wird evaluiert werden, ob die gewählten Strukturen sich bewährt haben oder Änderungen der Satzung notwendig sind“

Die Metropolregion Rheinland e.V. muss nun zügig ihre satzungsgemäße und inhaltliche Arbeit fortsetzen und die bereits angeschobenen Projekte in den Bereichen Mobilität/Infrastruktur, Standortmarketing, Kultur/Tourismus und Forschung/Bildung umsetzen.

Beschluss:

Der vorliegende Antrag wird deshalb wie folgt ersetzt:

1. Der Rat der Stadt Köln kritisiert das Fehlen einer öffentlichen Ausschreibung für die Geschäftsführungsstelle seitens der Verfahrensverantwortlichen bei der Metropolregion Rheinland e.V. Dies entspricht nicht den Leitlinien, zu denen sich Rat und Verwaltung im „Public Corporate Governance Kodex“ (PCGK) der Stadt Köln verpflichtet haben.
2. Der Rat bekräftigt den Beschluss des Finanzausschusses vom 02.07.2018, mit dem die Verwaltung beauftragt wurde, „die einschlägigen Vorschriften des Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln (PCGK) und deren Anwendung in der Praxis kritisch zu prüfen und zu bewerten.“ In Erweiterung des o.a. Beschlusses wird die Verwaltung beauftragt, einen Vorschlag zu erarbeiten, wie Zielsetzungen und Regeln des PCGK, die zur Steuerung, Transparenz und Kontrolle städtischer Beteiligungsgesellschaften dienen, sinngemäß auf alle Vereinigungen mit Beteiligung der Stadt Köln angewendet werden kann. Die Ergebnisse sind dem Finanzausschuss und dem Rat zeitnah zur Beschlussfassung vorzulegen.
3. Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in überregionalen Beteiligungen und Vereinen sollen darauf hinwirken, dass bei Neugründungen von Vereinigungen mit städtischer Beteiligung die Regelungen des PCGK in die Satzung mit aufgenommen werden. Die vom Rat der Stadt Köln entsandten Vertreterinnen und Vertreter in den entsprechenden Gremien, werden aufgefordert, sich entsprechend den Leitgedanken des PCGK zu verhalten.
4. Der Rat der Stadt Köln fordert die von der Stadt in die Mitgliederversammlung der Metropolregion Rheinland e.V. entsandten Vertreterinnen und Vertreter auf, darauf hinzuwirken, dass im Rahmen der satzungsgemäß anstehenden Evaluierung der Strukturen des Vereins auch die Implementierung der Leitgedanken des PCGK betrachtet wird.
5. Der Ältestenrat wird beauftragt, zu überprüfen, wie die Regelungen des PCGK der Stadt Köln in den Ehrenkodex übernommen werden können.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Niklas Kienitz
CDU-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Lino Hammer
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Michael Weisenstein
Linke-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Ulrich Breite
FDP-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Thor-Geier Zimmermann
Ratsgruppe GUT